

Dringlichkeitsantrag 1

der Abgeordneten **Horst Arnold, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Margit Wild, Michael Busch, Martina Fehlner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Das ist soziale Marktwirtschaft: Tariffucht eindämmen, Tarifautonomie stärken, Sozialpartnerschaft fördern.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bundesrat der Entschließung der Länder Bremen, Brandenburg und Thüringen unter Beitritt der Länder Hamburg und Berlin (DRS BR 212/19) zur Stärkung der Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie zuzustimmen.

Begründung:

Die Tarifautonomie leidet zunehmend an einer Funktionsschwäche. Bayern, das sich diesbezüglich wie Deutschland insgesamt in einem anhaltenden Erosionsprozess befindet, bildet in Folge eines dramatischen Rückgangs der Tarifbindung mit 53 Prozent der Beschäftigten und 26 Prozent der Betriebe das Schlusslicht der westdeutschen Bundesländer .

Mit o.g. Initiative soll einer zunehmenden Schwächung von Gewerkschaften und einem wachsenden Bedeutungsverlust von Arbeitgeberverbänden entgegengewirkt werden. Hierfür ist die Weiterentwicklung der bestehenden gesetzlichen Regelungen erforderlich: Dies betrifft insbesondere die Regelungen des Tarifvertragsgesetzes zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen und die Rahmenbedingungen für Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft. Die Staatsregierung wird aufgefordert, der Entschließung „Funktionsschwäche der Tarifautonomie: Problem benennen, Strategie entwickeln, Gestaltungswillen bezeugen“ (DRS BR 212/19) im Bundesrat zuzustimmen. Durch sie wird die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtert, über die der Geltungsbereich eines Tarifvertrags auf alle Firmen und Betriebe eines Wirtschaftszweiges sowie die bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erweitert wird. Des Weiteren wird dafür gesorgt, dass Anträge auf Allgemeinverbindlichkeitserklärungen nicht am Widerstand einer Seite im Tarifausschuss scheitern und Anreize für mitgliedschaftliche Zusammenschlüsse in Koalitionen geschaffen werden.